Wenn alle Niedrig- und Normalverdiener weniger Steuern zahlen, wo soll dann das Geld herkommen?

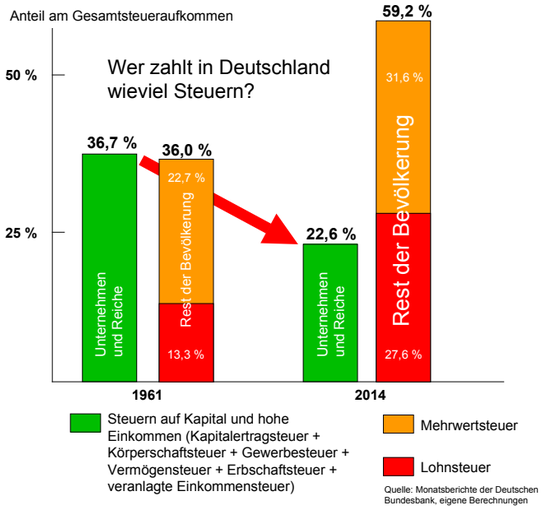
Jahrzehnte lang sind die Steuern auf Gewinne, auf hohe Einkommen und Vermögen, für große Unternehmen und Konzerne gesenkt worden.

Der Anteil der Lohnsteuer und auch der Mehrwertsteuer am Gesamt-Steueraufkommen auf der anderen Seite ist immer weiter gestiegen.

1961 wurden noch 36,7 % des Steueraufkommens durch die Besteuerung von hohen Einkommen, Kapitalerträgen und Vermögen geschöpft. Lohn- und Umsatzsteuer machten zusammen 36 % aus.

Im Jahr 2014 erbrachten die Abgaben der Reichen und Unternehmen nur noch 22,6 %. Lohnsteuer und Umsatzsteuer, also die Steuern, welche die Mehrheit der Bevölkerung zahlen muss, erbrachten inzwischen 59,2 % der gesamten Steuerlast.
(Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Der größte Teil der Steuerlast wurde auf die Erwerbstätigen abgewälzt



Mit der Kampagne
DAS MUSS DRIN SEIN
fordert DIE LINKE:

Befristung und Leiharbeit stoppen.
Viele, vor allem junge Menschen hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.

Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV.
Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.

Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst.
Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

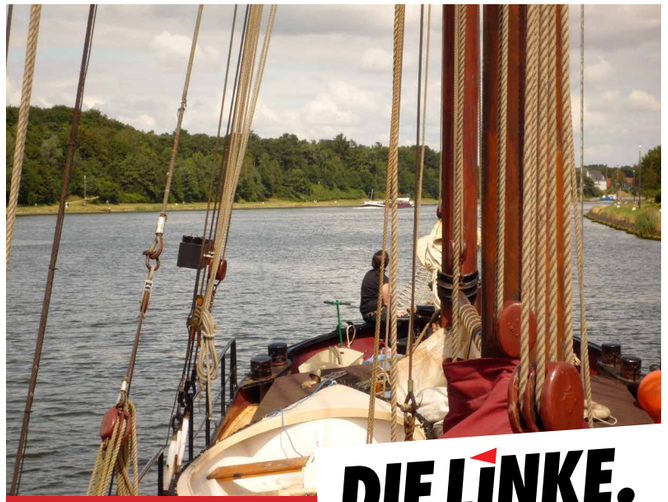
Wohnung und Energie bezahlbar machen.
Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.
Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.

Geld ist genug da.
Es wird durch die Erwerbstätigen erarbeitet.
Es muss nur anders verteilt werden!

Herzliche Grüße
DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen

STEUERN FÜR ERWERBSTÄTIGE SENKEN REICHTUM BESTEUERN GELD IST GENUG DA



DIE LINKE. NIEDERSACHSEN

DIE LINKE fordert die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns.

Der Freibetrag der Einkommensteuer soll für alle Steuerzahler drastisch angehoben werden. Das Existenzminimum darf nicht mehr besteuert werden.

DIE LINKE ist mit allen Streikenden solidarisch und will, dass Sie weniger Steuern zahlen.

In der Steuerpolitik müssen endlich grundlegende Korrekturen vorgenommen werden.

Man will es kaum glauben: Sogar das Existenzminimum von Erwerbstätigen wird derzeit besteuert! Das können Sie daran erkennen, dass sogar Alleinstehende, auch wenn sie zum Mindestlohn in Vollzeit arbeiten, durch den Abzug der Lohnsteuer in vielen Fällen Hartz-IV-bedürftig werden können.
Bei diesem geringen Einkommen zahlen Sie nämlich schon 75 Euro Lohnsteuer.

Jahrzehntelang haben die Regierungsparteien mit dem wohlklingenden Wort „Steuersenkungen“ Politik gemacht.



Steuersenkungen haben auch stattgefunden, allerdings nicht da, wo Sie als Wählerin und Wähler sie erhofft haben: Profitiert haben davon vorwiegend Unternehmen, Spekulanten und Großverdiener.

Steuergesetze werden seit langer Zeit zu Ihren Ungunsten verfasst und umgesetzt.

DIE LINKE will das ändern:
Der Grundfreibetrag der Einkommensteuer muss um mehr als die Hälfte angehoben werden.

Erfahren Sie mehr im Innenteil!

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger

An allen Ecken und Enden ist zu wenig Geld in den öffentlichen Kassen: Für die Sanierung und den Ausbau von Schulen, eine gute Bezahlung der Beschäftigten in Kindertagesstätten, ausreichendes Personal in Krankenhäusern.

Damit Bus und Bahn wieder für alle Bürger erschwinglich sind, müssten Subventionen deutlich erhöht werden. Mehr Geld für Büchereien und Schwimmbäder wäre notwendig.

Ihnen fallen sicherlich weitere Punkte ein, wo die Bundesregierung, das Land Niedersachsen oder Ihre Kommune dafür sorgen sollte, dass öffentliche Einrichtungen wieder besser ausgestattet sind.

Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass in Deutschland Niedrig- und Normalverdiener zu hohe Steuern zahlen. Das Geld muss woanders geholt werden.



Die Situation auf dem Arbeitsmarkt

Das durchschnittliche Monatsbrutto eines Vollzeitbeschäftigten beträgt in Deutschland 2.575 Euro, das sind zur Zeit rund 1.650 Euro netto. In einigen Branchen aber liegt es noch weit darunter: Im Handel und Bau sind eher 1.500 Euro brutto die Regel. Und im Gastgewerbe sind 1.094 Euro der Schnitt.

Ein genauerer Blick lohnt sich, denn:
Rund zehn Millionen Menschen (23 % aller Beschäftigten) in Deutschland arbeiten für unter 9,15 Euro pro Stunde. Fünf Millionen von ihnen werden durch den gesetzlichen Mindestlohn vor Stundenlöhnen unter 8,50 Euro geschützt. Aber zwei Millionen arbeiten sogar für unter sechs Euro pro Stunde (Angabe der Gewerkschaft ver.di).

Der Mindestlohn schützt nicht vor Hartz-IV-Bezug, wie oft behauptet wird. Um eine Familie zu ernähren, reicht er selbstverständlich nicht aus. Aber er reicht auch nicht für Alleinstehende, selbst wenn sie in Vollzeit arbeiten. Dazu sind 8,50 Euro pro Stunde zu wenig. Der gesetzliche Mindestlohn gilt nicht einmal für alle, außerdem wird er besteuert.

Es sei kein Geld für höhere Löhne oder ausreichendes Personal da, das ist die Antwort an Streikende in der Pflege, in Krankenhäusern, in den Kitas, an die Beschäftigten der Entsorgungsbetriebe usw.

Wir aber sagen: Es könnte leicht genug Geld für höhere Löhne da sein. Ebenso für deutlich kürzere Wochenarbeitszeiten bei gleichem Wochenlohn und vollem Personalausgleich.

Und Sie, liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger, sollten gleichzeitig weniger Steuern zahlen müssen.

Ein zu großer Teil der Steuern wird derzeit durch Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen aufgebracht.
Die Steuern für Unternehmen, Reiche und Superreiche sind in den letzten Jahrzehnten massiv gesenkt und die öffentlichen Kassen ausgetrocknet worden.

Der Landesverband Niedersachsen unserer Partei DIE LINKE setzt sich für Verbesserungen ein:

Das Steuerkonzept unserer Bundespartei soll nicht nur eine höhere Besteuerung der starken Schultern wie Großunternehmen, Banken, Reichen und Superreichen vorsehen.

DIE LINKE fordert auch als erste aller Parteien die Steuerfreiheit des Existenzminimums von Erwerbstätigen. So würden Niedrig- und Normalverdiener stark von Steuern entlastet.

DIE LINKE hat auf Antrag aus Niedersachsen auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, dass sie die Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns fordert.
Dazu soll der Grundfreibetrag für alle Erwerbstätigen drastisch angehoben werden.



Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche seit 1989:

- Körperschaftsteuer, die Steuer der großen Konzerne und Kapitalgesellschaften:
  von 56 auf nur noch 15 Prozent
- Spitzensteuersatz der Einkommensteuer:
  von 56 auf 42 Prozent
- Vermögensteuer: Wurde seit 1997 ausgesetzt
- Abgeltungsteuer: Kapitalerträge werden seit dem Jahr 2009 nur noch zu höchstens 25 % versteuert – ein skandalöses Geschenk an diejenigen, die nur noch ihren Reichtum für sich „arbeiten“ lassen
- Erbschaftsteuer: Sie ist schon seit 1989 massiv gesenkt worden. Mit der im Juli 2015 beschlossenen Reform ist sie noch weiter reduziert worden

Die Forderungen von Streikenden, auch im öffentlichen Dienst, müssen und können erfüllt werden, ohne dass dafür die Steuern bei niedrigen und mittleren Einkommen erhöht werden müssten!
Wer mehrere Millionen aus Finanzspekulation erwirtschaftet, kann deutlich höhere Abgaben zahlen!

Auch für Universitäten, die dringend notwendige Sanierung und den Ausbau der Schulen, für sozialen Wohnungsbau und alle anderen Bereiche, die in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt wurden, könnte genug Geld da sein.

Das Existenzminimum aber – sonst würde es diesen Namen nicht verdienen – hat steuerfrei zu sein. Es darf doch nicht sein, dass im unteren und mittleren Einkommensbereich die Steuern erhoben werden, die oben zu wenig gezahlt werden!

Was ist zu tun?

Für ein Signal zur notwendigen Umkehr in der Steuerpolitik steht der Beschluss des Bundesparteitags DIE LINKE:
Die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns wird in das bisherige Steuerkonzept unserer Partei integriert.

Der Grundfreibetrag der Einkommensteuer muss drastisch angehoben werden. Das ist ein wichtiger Eckpunkt für eine grundlegend andere Steuerpolitik.



Davon profitieren nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Klein- und Kleinstselbständige.

Die Steuerfreiheit des aktuellen Mindestlohns von 8,50 Euro bedeutet monatlich 75 Euro mehr Netto, die Steuerfreiheit des von der LINKEN geforderten Mindestlohns von 10 Euro wären rund 150 Euro mehr, als man heute von einem Verdienst am unteren Ende monatlich behalten darf.

Wie kann die Regierung zulassen, dass das Existenzminimum besteuert wird? An diesem Punkt unterscheidet sich DIE LINKE jetzt von allen anderen Parteien.

Die Forderung der LINKEN nach zehn Euro steuerfreiem gesetzlichen Mindestlohn bedeutet, dass jeder in Vollzeit - also bei 38,5 Stunden pro Woche - Erwerbstätige mindestens 1.330 Euro netto nach Hause bringen soll.

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen
Andreas Braendle, DIE LINKE KAMPA
E-Mail: andreas.braendle@dielinke-nds.de, Telefon: 0157 3515 0491
V.i.S.d.P.: Giesela Brandes-Steggewentz, Landesgeschäftsführerin
landesbuero@dielinke-nds.de
Redaktionsschluss: 18. Juli 2015

www.dielinke-nds.de

Bildnachweise für dieses Faltblatt: Flusslandschaft: literaturboot.de; Busstop Military Road: CC-BY-SA-3.0 Arriva436; Diagramm Steuerlasten: nach Monatsberichten der Deutschen Bundesbank (eigene Berechnungen); alle anderen Bilder: © Edgar Schu

Zur Zeit wird das Existenzminimum von Erwerbstätigen besteuert und ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts durch Tricks unterlaufen:

www.75EuroMehr.de